

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,  
Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,  
Sehr geehrte Damen und Herren,



Vorweg erst einmal zur Klarstellung: Die Freie Wählergemeinschaft begrüßt es außerordentlich Gewerbeflächen in Gudensberg auszuweisen.

Die heutige Beschlussvorlage verfügt über die Punkte a), bis c). Im Punkt c) – wir haben es gerade gehört – beauftragen wir unter anderem die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB.



Anja Weber

Wie schon oft ausgeführt, ist das nicht die Öffentlichkeitsarbeit, die wir meinen, wenn wir fordern, die Bürger und Bürgerinnen von Gudensberg über **große und weitreichende** Veränderungen zu informieren. Ich bin mir sicher, dass unsere Mitbürger und Mitbürgerinnen da einen ganz anderen Anspruch an unsere hiesige Verwaltung, uns als Mandatsträger und **BESONDERS** an unsere neue Bürgermeisterin haben.

In der Vergangenheit gab es an diesem Punkt immer wieder Uneinigkeit hier im Stadtparlament. Bis zur letzten Kommunalwahl habe ich persönlich immer gedacht, okay, man muss es erläutern und besser darüber sprechen, dann wird klar, dass Öffentlichkeitsbeteiligung im Verfahren etwas Anderes ist, als Bürger und Bürgerinnen in Entscheidungsprozesse vor deren Umsetzung einzubinden.

Mittlerweile muss ich feststellen, dass in diesem Punkt wenig Bereitschaft zur Veränderung bei einigen vorhanden ist. Das Wahlergebnis der Kommunalwahl bemühe ich wirklich sehr ungern, doch scheint es nötig zu sein, um Ihnen noch einmal deutlich zu machen, dass sie als Fraktion der SPD bei über 24 % der Wähler und sie als CDU 10 % der Wähler das Vertrauen bereits verloren haben.

In der heutigen Beschlussvorlage soll über zwei Bauabschnitte beschlossen werden. Der erste Bauabschnitt mit 3,4 Hektar; der zweite Abschnitt mit 3,5 Hektar welche sich in einer Potenzialfläche von insgesamt 13 Hektar befindet - zum Vergleich die beiden Logistikhallen Richtung Fritzlar entsprechen einer ähnlichen Größenordnung. Dieser beschriebene fertiggestellte – bei den Bürgern sehr ungeliebte Bauabschnitt in Richtung Fritzlar - hat in Gudensberg zu ausgesprochen viel Unverständnis und Verärgerung geführt.

Ich denke, Sie erinnern sich daran? - Sie wollen also demnach heute Abend – das haben mir die Vorgespräche gezeigt – **dieses Handeln 1 zu 1 wiederholen!...**

Dieses Handeln ist **u n f a s s b a r !**

Es liegt ein **Naturschutz, Arten - und Verkehrsgutachten**, ein **Hydrologisches Gutachten** zum Tiefenbrunnen Buchenborn, eine **Geomagnetische Prospektion**, ein **Versickerungs-** sowie **Klimagutachten** und ein Vorschlag für mögliche **Entwässerungskonzepte** und zum Abschluss eine **Starkregengefahrenkarte für die Entscheider vor** – also insgesamt mehr als **230 Seiten** Lesestoff.

**Ich fasse die Gutachten gern einmal für sie zusammen:**

- das **Artenschutzgutachten** schreibt vor, dass in räumlicher Nähe zur Eingriffsfläche 6.000 qm Ausweichfläche für die Feldlerche und der Schafstelze geschaffen werden und weiterhin erhalten bleiben muss.
- das **Klimagutachten** charakterisiert die Fläche als Kaltluftentstehungsgebiet, d.h. als Gebiet mit hohem Schutzwert; Dies bedeutet das auf diesem Areal produzierte Kaltluft und die damit einhergehende Belüftungsfunktion eine hohe klimaökologische Wertigkeit hat. Künftig wird die Wirkung dieser Flächen im Planungsgebiet die Kaltluftproduktion in diesem Umfang nicht mehr leisten können.
- Bei der Ansiedlung von Gewerbe- und Industriebetrieben ist zu berücksichtigen, dass die unmittelbar angrenzenden Wohngebiete nicht aufgrund der lokalen Windverhältnisse durch erhöhte Immissionen belastet werden. *(Quelle Klimaanalysen und -Bewertungen für die Regionalplanung)*
- Im Fazit des **Verkehrsgutachtens** ist zu entnehmen, dass sich die Verkehrsbelastung auf der L3221 (Besser Straße) mehr als verdoppeln wird
- Aufgrund der geologischen Gegebenheiten werden den Investoren hohe finanzielle Investitionen zugemutet: Dachbegrünung, Photovoltaik, spezielle Regenwasserrückhaltung, ein Mehrinvest für einen tragfähigen Hallenboden...

All diese Unterlagen sind Voraussetzung dafür, um über das potenzielle interkommunale Gewerbegebiet entscheiden zu können. Das macht es nicht einfacher. Es wurden bereits Kosten verursacht, die Regionalkonferenz bemüht und dann soll man zu dem Vorhaben nicht mehr zu stimmen?...

Ich höre immer wieder: wir müssen ja erstmal sehen, ob das Ganze überhaupt umsetzbar ist... und die Ländereien müssen ja auch erstmal der Stadt gehören. **Ja**, das habe ich und auch meine Fraktion verstanden. Es

zeigen ebenfalls die Erkenntnisse aus der Vergangenheit, das man scheinbar bereit ist jeden Preis zu zahlen...und dann Verhandlungen auch zum Erfolg führen.-Diese Verhandlungsgespräche muss man eben nur wollen...

Die Entscheidung **wann** und **wo** ich informiere, muß schon gut überlegt sein. Sie argumentierten in der Vergangenheit immer wieder mit: Lassen Sie uns doch erstmal prüfen, vielleicht können wir das Vorhaben gar nicht umsetzen und wir haben dann: ich zitiere einen Stadtverordneten „*die Pferde scheu gemacht*“...

Na klar...die Gefahr besteht...! Ich finde die Gefahr jedoch wesentlich größer, die Dinge im Alleingang als Stadtparlament in **Ihrer Flughöhe** mit-durchzuziehen.

Wir sind auf keinen Fall gegen ein Gewerbegebiet in Gudensberg. Wir möchten gern Bereiche entwickeln, aber ständig irgendwo einen neuen Anfang für ein Gewerbegebiet zu finden ist schon sehr untypisch für die Entwicklung eines solchen Vorhabens. Das haben andere Kommunen tatsächlich besser und zusammenhängender geschafft.

Wir erwarten ein Entgegenwirken von der Zersiedlung unserer Flächen (übrigens eines der 3 Hauptziele des Regionalplanes Nordhessen), wir müssen unsere Gewerbeansiedlungen räumlich bündeln, vorhandene Infrastruktur nutzen und ausbauen, sodass der Vorschlag einer Umgehungsstraße durch die Riedwiesen aus dem Verkehrskonzept realistisch scheint, und nicht die „Freiheit“ als Landesstraße auszuweisen und lediglich den innerstädtischen Verkehr umzulenken.

Es gilt die Bedürfnisse eines Gewerbegebietes zu beleuchten:

- ✓ Gewerbegebietsflächen müssen langfristig Gewerbesteuern sichern...
- ✓ Arbeitsplätze vor Ort am besten für die ortsansässigen Bürger schaffen....
- ✓ Heimischen Betrieben die Möglichkeit geben, sich vor Ort entwickeln zu können...
- ✓ Das Angebot vor Ort sinnvoll ergänzen... Stichwort Sortimentsauswahl.
- ✓ Der Verkehr sollte sinnvoll zu steuern sein. z.B. Verkehrsmehrendes Gewerbe gehört in einen Außenbereich der Stadt...
- ✓ Das Gewerbegebiet sollte sich raumplanerisch an die Stadt anpassen und klar zu erkennen sein – also eine klare optische Trennung ersichtlich sein.
- ✓ Vor dem Kauf von Flächen, die als Gewerbegebiet ausgewiesen werden sollen, sollte man alle vorhandenen Gewerbegebietsflächen sinnvoll genutzt haben.

**Leider hat man das in Gudensberg durch die Entwicklung der Stadt im gewerblichen Bereich in alle Himmelsrichtungen in der jüngsten Vergangenheit ziemlich außer Acht gelassen.**

Wir müssen gemeinsam über eine **Sortimentsauswahl** nachdenken, oder welche Gewerke vor Ort sinnvoll sind; welche Arbeitgeber wir gern in Gudensberg ansiedeln würden.

Ich betone nochmal: Wir sind nicht gegen die Entstehung und die Schaffung von Gewerbefläche. NEIN, absolut nicht. Aber wir fordern eine städtebauliche Entwicklung, die im Gesamtkonzept Verkehr und Nachhaltigkeit berücksichtigt... und damit meine ich nicht, dass sie sich mit der Planung eines Gründaches aus der Verantwortung ziehen können!